

Wie wichtig das Schengener Informationssystem für die Schweiz ist, zeigt sich in der Zentrale in Bern **SEITE 14**

Zwei Kantone wählen ihre Ständeräte nach dem Proporzsystem – zum Nachteil der kleinen Parteien **SEITE 15**

Exit hat ein Millionenvermögen angehäuft

Die Sterbehilfeorganisation erhält einen geschäftsmässigen Anstrich – Mitglieder und Politiker stellen kritische Fragen

ERICH ASCHWANDEN

Immer mehr Menschen wünschen sich, am Lebensende selbstbestimmt in den Tod zu gehen. Dies beschert Exit, der grössten und bekanntesten Schweizer Sterbehilfeorganisation, einen Boom. 2010 hatte der Verein erst 52 000 Mitglieder. Inzwischen wollen 120 000 Personen sicherstellen, dass sie eine Freitodbegleitung in Anspruch nehmen können. Dieses schnelle Wachstum ist nicht unproblematisch und hat ungeahnte Nebenwirkungen, wie Rolf Sommer beobachtet hat.

Der pensionierte Vermessungsingenieur aus Olten ist seit über dreissig Jahren Mitglied von Exit und steht voll hinter den Zielen der «Vereinigung für humanes Sterben». Doch die Entwicklung des Vereinsvermögens in den letzten Jahren lässt bei ihm die Alarmglocke schrillen. «Ich habe aufgrund der zur Generalversammlung verschickten Unterlagen festgestellt, dass Exit inzwischen ein Bruttovermögen von 29 Millionen Franken angehäuft hat. Was macht eine Sterbehilfeorganisation mit so viel Geld?», fragt Sommer. 2013 hatte das Bruttovermögen etwas mehr als 9,4 Millionen Franken betragen.

Gefahr der Veruntreuung

Sommer, der für die SVP im Solothurner Kantonsrat sitzt, wirft der Exit-Leitung weder krumme Geschäfte noch unlautere Absichten vor. Seiner Ansicht nach besteht jedoch die Gefahr, dass solche Summen zwielichtige Gestalten anlocken und dass Gelder veruntreut werden könnten. Angesichts des zu erwartenden Mitgliederwachstums müsse sich Exit fragen, ob ein Verein immer noch die angemessene Organisationsstruktur sei und wie die Aufsicht über die Finanzen verbessert werden könnte.

Der Exit-Sprecher Jürg Wiler erklärt auf Anfrage der NZZ, der nicht gewinnorientierte Verein habe sich gut gegen Missbräuche abgesichert: «Wir verfügen über ein Finanzreglement und eine Anlagekommission. Zudem bestehen eine interne Geschäftsprüfungskommission sowie eine externe Revisionsstelle.» Die Mitgliederbeiträge würden ausschliesslich für den Betrieb von Exit verwendet. «Damit kann kein Vermögen gebildet werden, über das wir frei verfügen.» Wer eine lebenslange Mitgliedschaft einget, bezahlt einmalig 1100 Franken,



Der Verein Exit hat derzeit 120 000 Mitglieder – mehr als doppelt so viele wie noch vor neun Jahren.

ALEXANDRA WEY / KEYSTONE

der Jahresbeitrag beläuft sich auf 45 Franken. Letztere Einnahmen würden die laufenden Ausgaben nicht decken. «Dafür sind wir auf Legate und Spenden angewiesen», so Wiler.

Das Zustandekommen des grossen Vermögens begründet Wiler in erster Linie mit Verpflichtungen von 19,6 Millionen Franken, welche überwiegend für Rückstellungen für die inzwischen über 22 000 lebenslangen Mitglieder verwendet würden. «Es ist zwingend und entspricht einer sorgfältigen kaufmännischen Betrachtungsweise, wenn diese Beiträge für künftige Leistungen zurückgestellt werden», führt das Exit-Vorstandsmitglied aus. An der kommenden GV vom 17. Mai sollen die Rückstellungen wegen der steigenden Lebenserwartung um 61 Franken auf 849 Franken pro Mitglied erhöht werden.

Sommer kann darüber nur den Kopf schütteln: «Es ist doch absurd zu erwarten, dass sich tatsächlich alle diese Vereinsmitglieder in den Tod begleiten las-

sen.» Es sei absehbar, dass die Zahl der Vereinsmitglieder weiter steige und damit das Vermögen schnell in noch höhere Sphären schiesse. Dieses Szenario ist durchaus realistisch, schätzt doch das Schweizerische Gesundheitsobservatorium (Obsan), gestützt auf eine Umfrage, dass rund 250 000 Personen in der Schweiz die Absicht haben, einer Sterbehilfeorganisation beizutreten.

Der Zürcher BDP-Kantonsrat Rico Brazerol befasst sich seit längerem mit dem Thema Sterbehilfe. Seiner Ansicht nach muss alles unternommen werden, damit die Freitodbegleitung nicht kommerzialisiert wird. Die Vermögensverhältnisse von Exit machen ihn stutzig. «Es ist ungesund, dass allein aufgrund der steigenden Mitgliederzahlen solch hohe Summen generiert werden», gibt Brazerol zu bedenken. «Das birgt die Gefahr, dass jemand aus der Sterbehilfe ein lukratives Gewerbe machen will und vom Geld profitiert, das offensichtlich vorhanden ist.» Auf jeden Fall müsse

der Verein eine Strategie haben, wie er mit dem Vermögen umgehen wolle. Eine mögliche Massnahme wäre eine Senkung des Mitgliederbeitrags. Doch dies kommt laut Wiler nicht infrage, weil ein tieferer Beitrag die Unkosten nicht decken würde.

Aktiv neue Mitglieder gewonnen

Auch wenn man die aus Sicht von Exit notwendigen Rückstellungen nicht einberechnet, muss die Sterbehilfeorganisation nicht darben. 9,3 Millionen Franken des Gesamtvermögens sind Eigenkapital, was von Experten als beträchtlich beurteilt wird. Die Diskussion über die Vermögensverhältnisse von Exit gibt all denjenigen Auftrieb, die dem Verein kritisch gegenüberstehen. «Es zeigt sich einmal mehr, dass die Transparenz bei Finanzfragen im Rahmen von privat organisierten Suiziden sehr problematisch ist», sagt Michel Romanens, der Präsident des Vereins für Ethik und

Medizin Schweiz (VEMS). Gewinne sollten nicht in eine private Vereinskasse fließen, fordert er.

Der VEMS hat einen Fragenkatalog zur assistierten Suizidhilfe ausgearbeitet. Romanens will in diesem Rahmen die Frage klären, ob es juristisch zulässig ist, dass Exit Geld ausgibt, um neue Mitglieder zu werben. Die Sterbehilfeorganisation ist in dieser Hinsicht sehr aktiv. So warben im letzten Herbst Prominente wie der ehemalige Clown Rolf Knie, der Komiker Peach Weber oder die Basler Ständerätin Anita Fetz in TV-Spots für den Verein. Ausserdem schaltete der Verein in mehreren Schweizer Zeitungen ganzseitige Inserate. Dies sehr zum Missfallen der Schweizer Bischofskonferenz. «Mit der aktuellen Kampagne zeigt sich einmal mehr, dass Exit vor allem ein Geschäftsmodell ist, das den assistierten Suizid als Business betreibt und diesen offensiv bewirbt», erklärte deren Sprecherin Encarnación Berger-Lobato gegenüber der «Sonntags-Zeitung».

Zu wenig Sterbehelfer

Das schnelle Wachstum hat für Exit nicht nur finanzielle Folgen. Im Dezember 2018 wurde bekannt, dass Neumitglieder auf eine Warteliste gesetzt werden und vorerst keinen assistierten Suizid in Anspruch nehmen können. Dies, weil zu wenig Freitodbegleiterinnen und Freitodbegleiter vorhanden sind. Per Inserat in ihrer Mitgliederzeitschrift sucht die Organisation neue Freiwillige. Diese müssen seit kurzem nicht mehr gratis arbeiten. Die vierzig ausgebildeten Freitodbegleiterinnen und -begleiter, die bisher ehrenamtlich tätig waren, erhalten von Exit eine Pauschalentschädigung pro Fall. Wie hoch dieser ist, will Wiler nicht sagen. Es handle sich um einen «angemessenen Betrag».

Derweil will Rolf Sommer weiter dafür kämpfen, dass Exit sein ständig wachsendes Vereinsvermögen besser absichert. Zu Beginn dieses Jahres traf er sich mit Mitgliedern des Vorstandes der Sterbehilfeorganisation, ohne dass bis jetzt etwas geschehen sei. Auch bei den Mitgliedern stösst er bis anhin auf taube Ohren. An der letztjährigen GV wollte Sommer darüber diskutieren, dass die Budgethoheit vom Vorstand auf die Generalversammlung übertragen werden solle. «Was von der GV aber mit Unmut äusserungen quittiert wird», wie im Protokoll festgehalten ist.

«Nicht immer nur auf die Landwirtschaft einprägen»

Erster globaler Bericht zur Biodiversität fordert jeden Einzelnen heraus, nicht nur die Bauern, wie der Forscher Markus Fischer von der Uni Bern betont

FABIAN SCHÄFER, BERN

Nach dem Klima nun die Biodiversität: Forscher aus aller Welt haben am Montag den ersten globalen Bericht über die Biodiversität veröffentlicht. Die Ergebnisse sind alarmierend. Das Artensterben beschleunigt sich, von rund 8 Millionen Arten gelten 0,5 bis 1 Million als gefährdet. Zahl und Vielfalt der Ökosysteme nehmen weiter ab. Trotzdem ist unsicher, ob die fortschreitende Verarmung der Natur die Leute ebenso bewegen wird wie das Klima. Dass es wärmer wird, merken alle. Die Biodiversität hingegen schwindet im Stillen, man spürt es nicht.

Sichtbare Zeichen gibt es aber durchaus. Zum Beispiel den Löwenzahn: Die leuchtend gelbe Pflanze, die allgegenwärtig auf den Wiesen der Schweiz blüht, ist ein klares Symptom. Der reichliche Einsatz von Düngemitteln in der

Landwirtschaft ebnet regionale Unterschiede ein und begünstigt überall Arten wie den Löwenzahn, die es nährstoffreich mögen. Andere Pflanzen hingegen werden verdrängt.

Fleisch und «Hüsi»

Aber es geht nicht nur um die Landwirtschaft. Sie spielt zwar eine wichtige Rolle, aber nicht die einzige. Darauf wies Markus Fischer vom Institut für Pflanzenwissenschaften der Universität Bern an einer Medienkonferenz zum neuen Bericht hin. «Man sollte nicht immer nur auf die üblichen Verdächtigen wie die Landwirtschaft einprägen», sagte Fischer. Man müsse das Thema breiter denken, um zu sehen, dass das Verhalten jeder und jedes Einzelnen einen Einfluss habe. In der Tat sind es zentrale Lebensbereiche, in denen laut den Experten die Ursachen für das

Artensterben zu suchen sind: Ernährung, Mobilität, Wohnen. Dass Schweizer zum Beispiel übermässig Fleisch essen, trägt via Landwirtschaft zum Verlust an Naturvielfalt bei. Ebenso fördert die Liebe zum Einfamilienhaus die Zersiedelung, einen der wichtigsten Gründe für das Artensterben hierzulande.

Gleichwohl hielt Professor Fischer fest, der Bund hätte mit den Subventionen eine gute Steuerungsmöglichkeit, um den Bauern bessere Anreize zu setzen. Darauf angesprochen verwies der einzige Vertreter des Bundes, Andreas Obrecht vom Bundesamt für Umwelt, auf die Politik: Es sei am Parlament, die Prioritäten zu setzen. Zudem stellte er klar, dass sich die Schweiz auf internationaler Ebene für ein griffiges Regelwerk einsetze. Die beteiligten Staaten wollen auf Basis des neuen Berichts 2020 neue Regeln definieren, ähnlich dem Klimaabkommen von Paris. Die Schweiz

wünscht sich laut Obrecht nicht nur messbare Ziele, sondern auch klare Mechanismen zur Überprüfung. Denn man verfasse schon heute viele Berichte, ohne dass diese etwas bewirkten.

Verantwortung im Ausland

Der einzige Schweizer, der am Bericht mitgearbeitet hat, ist Andreas Heinemann vom Geographischen Institut der Uni Bern. Er wies vor den Medien auf die spezielle Situation der Schweiz als reiches, kleines Land hin: Was sie im Inland mache, sei zwar wichtig – noch wichtiger aber seien die Massnahmen, die sie im Ausland unterstütze oder ergreife. Hintergrund sind Berechnungen, nach denen 70 Prozent der Ressourcen, welche die Schweiz für ihren Konsum verbraucht, in anderen Ländern liegen. Über Nahrungsmittel, technische Geräte und weitere Waren, welche die Schweiz

importiert, hat sie einen Einfluss auf die Biodiversität in weiteren Staaten. Heinemann plädierte insbesondere für eine Stärkung der Transparenz entlang der gesamten Wertschöpfungskette, damit Schweizer Kunden sehen, unter welchen Umständen ihre Produkte hergestellt und transportiert worden sind. Sein Kollege Markus Fischer ergänzte, die Schweiz habe auch über die internationale vernetzte Finanzwirtschaft und die grossen Handelsfirmen im Land Möglichkeiten, die Biodiversität in vielen Ländern zu stärken.

Politisch wird dieses Anliegen von der Konzernverantwortungsinitiative aufgenommen, die im Parlament hängig ist. Daneben gibt es mehrere Initiativen, die auf das Inland zielen, zum Beispiel mit Pestizidverboten in der Landwirtschaft. Zudem sammelt Pro Natura Unterschriften für eine «Biodiversitätsinitiative», die vor allem mehr Schutzflächen verlangt.